ERGEBNISPROTOKOLL

AKTENZEICHEN: 54.13.44

DATUM: 01.08.2014

VON: Härtel

BETREFF: Erörterungstermin zur 1. Änderung des RROP 2003 – Teiländerung Windenergie – am 30.07.2014 um 10 Uhr im Kreistagssaal des Landkreises Nienburg/Weser**TEILNEHMER/INNEN:** Herr Kreisrat Schwarz, Herr Baudirektor Pagels, Frau Rohlfing, Herr Härtel, Frau Haeger, Frau Denise Siemers (alle LK NI), Frau Anette Spieß (Stadt Petershagen), Frau Insa Twietmeyer, Herr Michael Matheja (beide SG Bruchhausen-Vilsen), Herr Peter Bruns, Herr Rolf Walnsch (beide SG Grafschaft Hoya), Herr Hans-Jürgen Ullmann (SG Marklohe), Herr Mike Meyer (Gasunie), Herr Lars Brokate, Frau Silke Paar (beide Landvolk Mittelweser), Herr Kai Ohlendorf (SG Steimbke), Herr Björn Polacek (Stadt Rehburg-Loccum), Herr Siedenberg (Flecken Steyerberg), Frau Heike Rodenberg (SG Uchte), Frau Rosy Colberg (HWK Hannover), Herr Dietrich Mörlins (WV Garbsen-Neustadt)

BEGRÜßUNG

Kreisrat Schwarz begrüßt die Anwesenden und legt den Anlass des Erörterungstermins kurz dar. Er erläutert, dass der Ausschuss für Regionalentwicklung, als zuständiger Fachausschuss, zwischenzeitlich jedes einzelne potentielle Vorranggebiet bereist habe und die Abwägungsvorschläge in seiner Sitzung am 03.07.2014 dem Kreisausschuss zum Beschluss empfohlen habe. Der Kreisausschuss sei der Empfehlung in seiner Sitzung am 14.07.2014 gefolgt. Im Anschluss erläutert Kreisrat Schwarz die Tagesordnung und schlägt vor, den Ablauf nach der thematischen Gliederung der Abwägungsvorschläge zu den im Rahmen der zweiten Auslegung eingegangenen Stellungnahmen vorzunehmen.

Er macht darauf aufmerksam, dass der Entwurf als Ergebnis der Abwägung in einigen Teilen geändert würde. Dies würde insbesondere die Zielfestlegungen und die Begründung betreffen. Des Weiteren würde das Vorranggebiet 15 kleinflächig erweitert werden. Der geänderte Entwurf wird nochmals ausgelegt und ein drittes, verkürztes, Beteiligungsverfahren durchgeführt.

Im Weiteren geht Kreisrat Schwarz im Einzelnen die Gliederungspunkte des Abwägungskatalogs durch und stellt den Sachverhalt kurz dar. Anschließend sind jeweils die Anwesenden aufgefordert ihre Belange darzulegen.

ERÖRTERUNG DER EINZELNEN THEMEN

1. Allgemeines

Kein Erörterungsbedarf

2. Bodenschutz

Kein Erörterungsbedarf

3. Flugsicherheit

Kein Erörterungsbedarf

4. Grundeigentum

Kein Erörterungsbedarf

5. Landwirtschaft

Frau Paar stellt voran, dass die Nutzung der Windenergie seitens des Landvolks auf landwirtschaftlichen Flächen grundsätzlich begrüßt werde. Sie führt weiter aus, dass die Ausweisung der Flächen als Vorranggebiete negative Auswirkungen auf die Entwicklungsmöglichkeiten einzelner landwirtschaftlicher Betriebe haben könne.

Kreisrat Schwarz entgegnet, dass sich dieses Dilemma nicht lösen ließe. Die Eigentümer müssten eigenständig Regelungen zu Nutzungen auf ihrem Land treffen. Sie seien nicht verpflichtet ihr Land für die Nutzung der Windenergie zu verpachten. Er weist auf die nach § 35 Baugesetzbuch (BauGB) zu privilegierende Nutzung der Windenergie im Außenbereich hin. Der Windenergienutzung sei gemäß Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts substantiell Raum zu verschaffen. Je weniger Vorrangfläche ausgewiesen würde, desto größer sei die Gefahr, vor Gericht zu unterliegen.

Baudirektor Pagels ergänzt, dass durch die beabsichtigte Ausweisung eines Eignungsgebiets (Gebiet 19 westlich Sonnenborstel) sowohl Vorhaben der Landwirtschaft als auch die Errichtung von Windenergieanlagen weiterhin möglich seien, da alle privilegierten Nutzungen nach § 35 BauGB gleichberechtigt nebeneinander stünden.

Frau Paar konkretisiert, dass sie insbesondere durch die Ausweisung der potenziellen Vorranggebiete 12 (östlich Husum) und 18 (östlich Mensinghausen) eine Störung einzelner Haupterwerbsbetriebe bzw. eine Gefährdung der Einkommensgrundlage der dort wirtschaftenden Landwirte sehe. Sie führt ihre Auffassung auf die Einschränkung der betrieblichen Entwicklung durch die Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung auf den Eigentumsflächen zurück. Im Einzelnen trägt sie den Fall eines Landwirts vor, dessen landwirtschaftliche Flächen zu einem Fünftel im geplanten Vorranggebiet Mensinghausen lägen. Sie fragt, weshalb an dieser Stelle kein Eignungsgebiet ausgewiesen werde, so wie es beim Gebiet 19 der Fall sei. Der Landwirt sei in seinen Möglichkeiten zur Erweiterung seines Betriebs und daher in seiner Berufsausübung stark eingeschränkt, zumal Stallanlagen konzentriert errichtet werden sollten. Die Ausweisung als Vorranggebiet für Windenergie verhindere eine Betriebsentwicklung an seinem bestehenden Stall. Hierin sei seine Existenz gefährdet. In diesem Zusammenhang führt sie auch das Recht auf Berufstandswahrung gemäß Art. 12 GG an, das ihrer Meinung nach eingeschränkt sein könnte.

Kreisrat Schwarz weist die Nutzung des Begriffs Existenzgefährdung und die angedeutete Einschränkung der Berufsstandswahrung an dieser Stelle zurück. Die Eigentümer der im Vorranggebiet liegenden Grundstücke würden weiterhin eigenständig über die Nutzung entscheiden. Die Flächen blieben vom Grundsatz her weiterhin für den landwirtschaftlichen Betrieb nutzbar. Nur die bauliche Nutzung werde durch die Ausweisung eingeschränkt. Er führt aus, dass die Privilegierung beider Nutzungen (Landwirtschaft und Windenergie) vom Gesetzgeber her gewollt sei. Der Landkreis habe an dieser Stelle keine Möglichkeit dagegen zu steuern. Lediglich durch die Festlegung von Restriktionskriterien sei das Gebiet Mensinghausen in der Ausdehnung begrenzt worden.

Baudirektor Pagels führt aus, dass es hilfreich wäre, wenn das Landvolk konkrete Angaben bzw. Lagepläne zu dem geplanten Vorhaben vorlegen würde, um die Situation besser beurteilen zu können. Es sichert eine nochmalige Einzelfallprüfung zu.

Frau Paar weist darauf hin, dass in dem konkreten Fall 16 bis 17 ha eines Landwirtes betroffen seien, die mitten im Vorranggebiet 18 liegen würden. Sie führt nochmals aus, dass § 35 I Nr. 1 und Nr. 6 BauGB oftmals in Konkurrenz zueinander stehen würden und bittet um Raum für die landwirtschaftliche Nutzung. Die Verpachtung seiner Flächen an Energie-

unternehmen sei für die Landwirte ein Nebenerwerb, der nur einen kleinen Teil ihrer Einnahmen ausmachen würde. Der Schwerpunkt läge weiterhin in der landwirtschaftlichen Nutzung ihrer Fläche. Mit der Ausweisung als Vorranggebiet werde ihm die Möglichkeit genommen seinen Betrieb auf seinen eigenen Flächen zu erweitern. Der Landwirt werde so gezwungen, seinen Betrieb zu „zersplittern“. Sie ergänzt, dass die Planungen des betroffenen Landwirtes schon länger bestehen würden, und zwar bereits bevor das Vorranggebiet geplant worden sei.

Kreisrat Schwarz weist darauf hin, dass das RROP generell in die Rechte der Bürgerinnen und Bürger einschneide. Eine grundsätzliche Gefährdung der Berufsausübung sei jedoch nicht zu befürchten. Der vorliegende Fall des Landwirtes sei ein Einzelfall. Er führt weiter an, dass der Nutzung der Windenergie nur an wenigen Stellen im Landkreis die höchste Priorität eingeräumt werde und im Gegenzug im verbleibenden Kreisgebiet die Landwirtschaft weiterhin einen hohen Stellenwert besäße. In den Vorranggebieten Windenergie werde lediglich die bauliche Tätigkeit zugunsten der Windenergieanlagen eingeschränkt. Eine Bewirtschaftung sei weiterhin möglich.

Nachtrag:

In der Nachberatung wurden die Fallkonstellationen in Husum und Mensinghausen geprüft. Die Stallbauoptionen befinden sich überwiegend randständig an den Vorranggebieten und können im Rahmen der Anpassung der gemeindlichen Flächennutzungspläne berücksichtigt werden.

6. und 7. Planungsrecht und Planungskonzept

Herr Siedenber kommt auf die mögliche Ausweisung eines Sondergebiets im Zusammenhang mit der Erforschung regenerativer Energien auf dem IVG-Gelände Liebenau / Steyerberg zu sprechen. Er verweist auf die Stellungnahme der Kommune und bittet diesen Aspekt in die erste Änderung des RROP mit aufzunehmen, mit dem Ziel auf dem IVG-Gelände z. B. im Rahmen eines Forschungsprojekts raumbedeutsame Windenergieanlagen ggf. in großer Zahl zu errichten. Dazu sei es aus Sicht des Fleckens Steyerberg unbedingt erforderlich, dies zur Abwehr eines Zielabweichungs- oder Änderungsverfahrens in den RROP-Entwurf der ersten Änderung aufzunehmen. Die Berücksichtigung im Rahmen der zweiten Änderung des RROP sei nach Ansicht des Fleckens nicht sinnvoll, insbesondere da sie zeitlich zu spät in Kraft träte.

Kreisrat Schwarz erläutert, dass das IVG-Gelände im Rahmen der zweiten Änderung des RROP untersucht werden müsse. Die erste Änderung steuere nur die Konzentration raumbedeutsamer Windenergieanlagen im Außenbereich nach § 35 BauGB. Wald sei Ausschlusskriterium im Entwurf der ersten RROP-Änderung. Die Kommunen hätten die Möglichkeit, mit eigener Planung den Innenbereich planerisch zu gestalten. Dies erlaube der Kommune die Errichtung von WEA im Rahmen eines entsprechenden Bebauungsplanes. Dann werde das Vorhaben nach § 30 BauGB beurteilt und entzöge sich der raumordnerischen Steuerung der Windenergie.

Herr Walnsch kritisiert, dass dem Einwand der Samtgemeinde Grafschaft Hoya nicht gefolgt werde, den östlichen Ausläufer des Vorranggebiets 4 nördlich Calle zu streichen. Das könne die Samtgemeinde nicht nachvollziehen.

Er führt weiter an, dass das Kriterium „5-km-Abstand“ bei den Vorranggebieten 1 nördlich Hilgermissen und 2 nordwestlich Hoyerhagen nicht eingehalten werde. Hier müsse eine Anpassung stattfinden.

Des Weiteren weist er darauf hin, dass das Vorranggebiet 5 keine negativen Auswirkungen auf das Industriegebiet Schweringen und die Wohnbebauung haben dürfe. Die Summe der Immissionen der Industrie- und Windenergieanlagen könne dazu führen, dass das Gelände

des Industriegebiets nicht vollständig belegt werden könne. Dieser Aspekt sei in der Abwägung durch den Landkreis seiner Ansicht nach nicht berücksichtigt worden.

Kreisrat Schwarz erläutert, dass die Streichung des östlichen Teilbereichs in Calle das schlüssige Planungskonzept gefährden würde. Es ergäbe sich keine raumordnerische Begründung für eine Streichung der Teilfläche. Er weist darauf hin, dass im Rahmen der Anpassung des Flächennutzungsplans unter Umständen eine Streichung dieser Fläche aus städtebaulichen Gründen möglich sei.

Hinsichtlich der Anwendung des „5-km-Abstands“ erläutert er, dass es sich nicht um ein Tabu-, sondern um ein abwägungsfähiges Restriktionskriterium handle. Der Abstand zwischen den einzelnen Vorrang- und Eignungsgebieten Windenergienutzung könne im Einzelfall begründet unterschritten werden.

Bezüglich des Vorranggebiets 5 sichert er eine nochmalige Prüfung zu. Er erläutert, dass die Immissionsbelastungen im Rahmen der Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen vertieft zu prüfen seien. Es sei allerdings nicht ausgeschlossen, dass es zu Konkurrenz der Nutzungen kommen könne („Windhundverfahren“). Die Emissionen von Windenergienutzung und Industrie auf die angrenzende Wohnbebauung seien zu berücksichtigen und in den weiteren Planungsprozessen zu reflektieren.

Nachtrag:

Die Begründung des RROP wurde dahingehend ergänzt, dass der Betrieb weiterer Windenergieanlagen im Vorranggebiet 5 aufgrund der vorhandenen Vorbelastungen unter Umständen nur eingeschränkt möglich ist.

8. Repowering

Kein Erörterungsbedarf

9. Rohstoffe

Kein Erörterungsbedarf

10. Technische Infrastruktur

Herr Meyer fragt, ob auch Gashochdruckleitungen dazu zählen.

Kreisrat Schwarz bejaht die Frage.

Herr Meyer verweist auf eine Verordnung des Landesbergbauamtes die Abstandsregelungen von Gasleitungen zu WEA regelt. In einem Gutachten des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW) würde zurzeit noch untersucht, wie es sich mit dem Sachverhalt verhielte. Das Gutachten könne durchaus im Ergebnis auf höhere Abstände kommen und die Regeln der Technik anpassen. Er bittet um die Berücksichtigung im Genehmigungsverfahren.

Kreisrat Schwarz stimmt Herrn Meyer zu, dass die Abstände der Windenergieanlagen zu den technischen Anlagen im Rahmen des Genehmigungsverfahrens auf Basis der aktuellen Regeln der Technik berücksichtigt würden. Er bittet Herrn Meyer um Information bzw. Zusendung des Gutachtens des DVGM, sobald es vorläge.

11. Umweltbericht

Frau Siemers trägt den Artenschutz betreffende Einwände vor. Insbesondere gehe es um Vögel und Fledermäuse. Sie führt aus, dass in der Abwägung die Einwände des Naturschutzes auf die Genehmigungsebene verlagert würden. Mit der Festlegung als Vorranggebiet werde bereits eine Standortentscheidung für die WEA getroffen. Weiter merkt sie an, dass die Abstandsempfehlungen der Länderarbeitsgemeinschaft Vogelschutzwarten nicht eingehalten werden. Sie vermisst beim RROP-Entwurf den vorsorgenden Umweltschutz.

Insbesondere beim Vorranggebiet 18 östlich Mensinghausen sei dieser Aspekt ihrer Ansicht in keiner Weise berücksichtigt worden.

Kreisrat Schwarz weist auf den bereits vorhandenen Bestand an Windenergieanlagen östlich Mensinghausen hin, der bei der Entwurfserarbeitung zu berücksichtigen sei. Er führt aus, dass im Genehmigungsverfahren, die Auswirkungen von Windenergieanlagen auf das Schutzgut „Fauna“ vertieft zu prüfen seien. Die Festlegung „Vorranggebiet“ stelle für den Betreiber von Windenergieanlagen keinen „Freifahrtschein“ dar. Wie sich zeige, ist der Betrieb einiger Windenergieanlagen in Mensinghausen mit Auflagen verbunden. Er sichert zu, dass ein Hinweis auf den zu beachtenden Artenschutzaspekt im Rahmen der Einzelfallgenehmigung im RROP-Entwurf ergänzt wird.

Frau Siemers merkt an, dass aus ihrer Sicht Fehler in der Abwägung in Bezug auf den Artenschutz insbesondere zum geplanten Vorranggebiet 18 vorlägen. Der Hinweis, dass durch ein gerichtliches Klageverfahren die Errichtung des dort bestehenden Windparks legitimiert werde, sei aus ihrer Sicht falsch. Es sei in dem Prozess nur um planungsrechtliche Belange gegangen und nicht um Belange des Artenschutzes. Fakt sei, dass die streng geschützte Wiesenweihe im geplanten Vorranggebiet 18 und im deren Umfeld nistete. Zudem seien große Teile des Gebiets gemäß Staatlicher Vogelschutzwarte des NLWKN zum Gebiet mit nationaler Bedeutung für die Avifauna deklariert worden. Es handele sich dort um einen „Hot Spot“ des Vogelschutzes.

Im Einzelnen führt sie aus, dass die Wiesenweihe besonders kollisionsgefährdet sei, da sie durch ihr Jagd- und Revierverhalten den Rotoren der Windkraftanlagen sehr nahe käme. Die Schotterflächen der Zufahrten zu den Windenergieanlagen seien ein beliebter Ruheplatz der Wiesenweihe. Dort wählten die Männchen häufig den Brutplatz. Es gäbe im Landkreis Nienburg bereits einen Todesfund einer Wiesenweihe unter einer Windenergieanlage im geplanten Vorranggebiet 4 in Calle. Das Tier sei nachweislich durch Rotorschlag verunglückt.

Nachtrag:

Die nachträgliche Prüfung hat ergeben, dass die Windenergieanlagen in Calle durch die 100-m-Höhenbegrenzung im Flächennutzungsplan nicht mit den Anlagen in Mensinghausen zu vergleichen sind. Es ist anzunehmen, dass das Kollisionsrisiko für die Wiesenweihe in Calle vergleichsweise höher ist. Bei den fünf Anlagen in Calle handelt es sich um den Typ Enercon 66 mit einer Nabenhöhe von 64,75 m und einer Gesamthöhe von 99,75 m. Von den zehn Anlagen in Mensinghausen sind acht des Typs Enercon 82 mit einer Nabenhöhe von 108,5 m und einer Gesamthöhe von 149,5 m. Zwei weitere neue Anlagen des Typs Enercon 82 E2 weisen Nabenhöhen von 138 m und Gesamthöhen von 179 m auf.

Baudirektor Pagels weist darauf hin, dass in dem Gerichtsverfahren auch der Artenschutz behandelt wurde. Damals konnte noch nicht nachgewiesen werden, dass die Wiesenweihe im Bereich des Sondergebiets in Mensinghausen vorkommt. Das RROP 2003 wurde seitens des Gerichts für abwägungsfehlerhaft gehalten, weil dort pauschal aufgrund der fachlichen Aussage „avifaunistisch wertvoller Bereich“ Windenergienutzung von vornherein ausgeschlossen wurde. Nach Errichtung der Windenergieanlagen sei jedoch festzustellen, dass der Bestand der Wiesenweihe dort stetig angestiegen sei. Daher sei davon auszugehen, dass eine Verträglichkeit zwischen Wiesenweihe und Windenergieanlagen bestehe.

Frau Siemers merkt erneut an, dass sie die Ausweisung als Vorranggebiet nicht nachvollziehen könne und weist nochmals auf die Kollisionsgefährdung hin. Auch Betriebseinschränkungen während der Brutzeiten wären nicht ausreichend. Zudem sei dadurch die Festlegung als Vorranggebiet Windenergienutzung grundsätzlich in Frage zu stellen. Eine Eignung für die Windenergie sei ihrer Meinung nach dort nicht gegeben.

Herr Schwarz erläutert, dass es für den Betrieb von WEA es ggf. Einschränkungen geben könne bzw. müsse. Es gebe bisher keine „hieb- und stichfesten“ raumordnerischen Gründe,

das Gebiet zu streichen bzw. nicht im RROP auszuweisen. Auch die Stellungnahmen des NLWKN und der Naturschutzverbände hätten im Rahmen der Abwägung nicht für einen Ausschluss herangezogen werden können.

12. Wasserwirtschaft

Herr Mörlins erläutert, dass es schlechte Beispiele bei der baulichen Gründung von WEA gäbe, die eine Kontamination des Grundwassers hergerufen hätten. Er bittet daher, dass der Grundwasserschutz gewährleistet werde und die Regeln der Technik angewendet werden. Auch er sei gespannt auf das DVGW-Gutachten.

Kreisrat Schwarz stimmt zu und merkt an, dass der Sachverhalt im Genehmigungsverfahren berücksichtigt werde.

13. Wirtschaft

Kein Erörterungsbedarf

14. Wohnen

Kein Erörterungsbedarf

SONSTIGES

Herr Siedenberg informiert darüber, dass für die Kommunen das Anpassungsgebot an die übergeordnete Planungsebene bestehe. Daher werde der Flecken Steyerberg noch im vierten Quartal dieses Jahres die frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange im Rahmen der Anpassung des Flächennutzungsplans durchführen.

Kreisrat Schwarz bedankt sich abschließend bei allen Anwesenden und beendet die Sitzung um 11:41 Uhr.

Zur Beglaubigung:

Projektleiterin

Protokollführer

Der Landrat
In Vertretung

gez. Rohlfing

gez. Härtel

gez. Schwarz

Dipl.-Geogr.

Verwaltungsfachange-
stellter

Kreisrat